

Dreger, Christian

Article

Höheres Wachstum erfordert Strukturreformen

DIW Wochenbericht

Provided in Cooperation with:

German Institute for Economic Research (DIW Berlin)

Suggested Citation: Dreger, Christian (2009) : Höheres Wachstum erfordert Strukturreformen, DIW Wochenbericht, ISSN 1860-8787, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin, Vol. 76, Iss. 44, pp. 770-

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/151869>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



Höheres Wachstum erfordert Strukturreformen

von Christian Dreger

Nach dem beispiellosen Absturz der Produktion kehrt die Wirtschaft in Deutschland allmählich wieder auf einen Wachstumspfad zurück. Während im zweiten Quartal bereits ein leichtes Plus von 0,3 Prozent beim realen Bruttoinlandsprodukt erzielt wurde, hat die Wirtschaft im dritten Quartal spürbar an Fahrt aufgenommen. Das Tempo bleibt jedoch nicht erhalten. Vielmehr ist zu erwarten, dass sich die Erholung im nächsten Jahr nur in abgeschwächtem Maß fortsetzt. Geht man von den aktuellen Vorhersagen aus, dürfte der Produktionseinbruch im Zuge der Finanzkrise erst nach einigen Jahren überwunden werden.

Ursächlich dafür ist eine schwächere Wachstumsrate des Produktionspotentials, das die längerfristige Entwicklung einer Volkswirtschaft beschreibt. Das Trendwachstum ist aus mehreren Gründen rückläufig. Erstens ist nur mit einer relativ geringen Nachfrage nach Ausrüstungsgütern zu rechnen, weil die bestehenden Kapazitäten hochgradig unterausgelastet sind. Zweitens wird sich die Lage am Arbeitsmarkt verschlechtern. Zwar wird die Entwicklung bei weitem nicht so schlimm ausfallen, wie zunächst befürchtet. Aber auch die strukturelle Unterbeschäftigung wird sich erhöhen. Drittens werden die Ausgaben der Unternehmen für Forschung und Entwicklung nur mäßig zulegen. Dieses prozyklische Verhaltensmuster führt zu einem weniger intensiven technischen Fortschritt.

Allerdings kann die Wirtschaftspolitik einer drohenden Verlangsamung des Potentialwachstums entgegenwirken. Eine Strategie besteht in einem öffentlichen Investitionsprogramm, das deutlich über die Laufzeit der konjunkturstimulierenden Maßnahmen hinausgeht. Dabei sind Projekte auszuwählen, für die ein positiver Wachstumsimpuls wahrscheinlich ist. Ein langsamer, aber nachhaltiger Ausbau der Infrastruktur ist besser als eine einmalige, reflexartige Erhöhung von Investitionen, die die Planungssicherheit der Bauunternehmen nicht verbessert und wegen der vielerorts bereits angespannten Kapazitäten in Preiseffekten verpufft. Ein längerfristiges Investitionsprogramm ist mit einer stärkeren Konsolidierung bei den konsumtiven Staatsausgaben zu verbinden. Dies würde das Risiko vermeiden, dass die Umsetzung der Schuldenbremse zu einer Investitionsbremse mutiert. Ein wachstumsförderndes Element einer Steuerreform ist insbesondere die Vereinfachung des Steuer- und Abgabensystems. Die Abschaffung von Ausnahmeregelungen vermindert Aktivitäten zur Steuervermeidung und kann so frei werdende Ressourcen in produktivere Verwendungszwecke lenken. Schließlich sind Strukturreformen an den Produkt- und Arbeitsmärkten weiter erforderlich. Dies gilt auch für Reformen beim Kündigungsschutz. Dabei geht es keineswegs um einen Kahlschlag von Arbeitnehmerrechten, erhöht der Kündigungsschutz doch die Rendite von Investitionen in Humankapital. Ein befristeter Kündigungsschutz für Neueinstellungen kann jedoch dazu beitragen, den Wiedereintritt in den Arbeitsmarkt zu erleichtern, und so das Risiko der Langzeitarbeitslosigkeit vermindern.

Impressum

DIW Berlin
Mohrenstraße 58
10117 Berlin
Tel. +49-30-897 89-0
Fax +49-30-897 89-200

Herausgeber

Prof. Dr. Klaus F. Zimmermann
(Präsident)
Prof. Dr. Tilman Brück
Dr. habil. Christian Dreger
Prof. Dr. Claudia Kemfert
Prof. Dr. Alexander Kritikos
Prof. Dr. Viktor Steiner
Prof. Dr. Gert G. Wagner
Prof. Dr. Christian Wey

Chefredation

Dr. Kurt Geppert
Carel Mohn

Redaktion

Tobias Hanraths
PD Dr. Elke Holst
Susanne Marcus
Manfred Schmidt

Pressestelle

Renate Bogdanovic
Tel. +49 – 30 – 89789–249
presse@diw.de

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice
Postfach 7477649
Offenburg
leserservice@diw.de
Tel. 01805–19 88 88, 14 Cent./min.
Reklamationen können nur innerhalb
von vier Wochen nach Erscheinen des
Wochenberichts angenommen werden;
danach wird der Heftpreis berechnet.

Bezugspreis

Jahrgang Euro 180,-
Einzelheft Euro 7,-
(jeweils inkl. Mehrwertsteuer
und Versandkosten)
Abbestellungen von Abonnements
spätestens 6 Wochen vor Jahresende
ISSN 0012-1304
Bestellung unter leserservice@diw.de

Satz

eScriptum GmbH & Co KG, Berlin

Druck

USE gGmbH, Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung –
auch auszugsweise – nur mit
Quellenangabe und unter Zusendung
eines Belegexemplars an die Stabs-
abteilung Kommunikation des DIW
Berlin (Kundenservice@diw.de)
zulässig.

Gedruckt auf
100 Prozent Recyclingpapier.